



NEUE GEMEINDE

www.gvvgld.at

info



**Rüdiger Knaak gewinnt die Nachwahl der Bürgermeister-
Stichwahl in Forchtenstein mit klarem Vorsprung**

Seite 3

**GVV fordert Entlastung
der Gemeinden:** die Ver-
handlungen über den
Finanzausgleich gehen in
die finale Phase S. 5, 6

**Neues Leitbild für die
Region Mittelburgenland:**
Bürgermeister unterzeich-
nen Abkommen zum Regio-
nalen Entwicklungsplan S. 8

**SPÖ Burgenland präsentiert
neues Team:** SPÖ stellt sich
personell breiter auf, absolute
Mehrheit bei LT-Wahl 2025
ist erklärtes Ziel S. 13

Klartext!**Was wir Gemeindevertreter*innen alles leisten?!**

Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV
Burgenland

Geschätzte Bürgermeister*innen und Vizebürgermeister*innen!
Liebe Gemeindevertreter*innen!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Unvereinbar. So sind wir nicht! Und so können wir als Kommunalpolitiker*innen auch nicht repräsentiert werden! Das war meine erste Reaktion nach dem Bekanntwerden der Causa Riedl und so haben wir uns auch als Minderheitsfraktion im Österreichischen Gemeindebund eingebracht. Jedenfalls braucht es, aus meiner Sicht, so schnell wie möglich auch einen formalen und persönlichen Neustart in unserer kommunalen Vertretung im Österreichischen Gemeindebund.

Jedenfalls werden wir uns vom GVV Burgenland im Österreichischen Gemeindebund mit unserem „drei kleinen s“-Erfolgsrezept als starke Vertreter unserer Gemeinden weiter einbringen. Wir werden gemeinsam mit „strategischem Arbeiten, strukturiertem Arbeiten und seriösem Arbeiten“ weiterhin für die dringlich erforderlichen Struktur- und Finanzverbesserungen für unsere Gemeinde brennen und rennen! Das gilt insbesondere auch für die laufenden Finanzausgleichsverhandlungen.

Eine Umfrage von Demox Research vom Jänner 2023 im Auftrag des Österreichischen Gemeindebundes zeigt, dass die Vertrauenswerte in die Bürgermeister*innen und in die Gemeindeebene grundsätzlich auf einem hohen Niveau liegen. So vertrauen laut dieser Umfrage 53 Prozent der Menschen ihren Bürgermeister*innen. Den Landesregierungen etwa vertrauen 42 Prozent, der Bundesregierung 30 Prozent, den Medien 24 Prozent und den politischen Parteien 15 Prozent. Die Vertrauensumfrage bestätigt die wichtige Rolle der Gemeinden in der Lebensrealität der Menschen. Auf unseren Schultern lasten viele Herausforderungen, vom Ausbau der Kinderbetreuung über die Energiewende bis zur Daseinsvorsorge: Die Aufgaben werden jedes Jahr mehr und daher brauchen die Gemeinden auch die nötige finanzielle Ausstattung.

Aus meiner Sicht haben wir Bürgermeister*innen und Gemeindevertreter*innen aber auch seitens des Gemeindebundes zumindest eine umfassende öffentliche Darstellung unserer enorm gewachsenen und vielfältigen Leistungen verdient, um die „Riedl-Kratzer“ an unserem Ansehen auszupolieren. Unseren Mitbürger*innen sollte, aus meiner Sicht, klar kommuniziert werden, was wir Gemeindevertreter*innen alles leisten!

Ich bedanke mich jedenfalls bei unseren Gemeindevertreter*innen für die gute Zusammenarbeit und wünsche euch weiterhin viel Kraft und Zuversicht!

Mit freundschaftlichen Grüßen
Euer

Erich Trummer,
GVV Präsident



Bürgermeister Rüdiger Knaak nach der gewonnenen Stichwahl im ORF-Interview vor dem Gemeindeamt in Forchtenstein Foto: SPÖ Forchtenstein

Forchtensteins Bevölkerung wählt wieder Rüdiger Knaak zum Bürgermeister

Nach der Wahlanfechtung durch die ÖVP, nach zahlreichen Ermittlungen und Sitzungen der Landeswahlbehörde, der Beschwerde beim VfGH und einem weiteren Wahlgang ist nun klar: Rüdiger Knaak ist und bleibt SPÖ Bürgermeister in Forchtenstein! Das Votum der Wählerinnen und Wähler war eindeutig: Knaak wurde mit großem Vorsprung zum neuen (alten) SPÖ-Bürgermeister gewählt!

Die ÖVP hat die Bürgermeisterstichwahl in Forchtenstein im Oktober 2022 beinsprucht. Anfang September 2023 fand nun der bereits dritte Wahlgang zur Wahl des Bürgermeisters statt. Auch diesen gewann SPÖ-Kandidat und amtierender Bürgermeister Rüdiger Knaak souverän. GVV-Präsident Erich Trummer: „Ich gratuliere meinem neuen, alten Kollegen DI Dr. Rüdiger Knaak nochmals und wir freuen uns, dass er nun endgültig der neue Bürgermeister in Forchtenstein bis zur nächsten regulären Gemeinderatswahl 2027 ist!“

Die Kandidaten waren auch diesmal jene der letzten Stichwahl, SPÖ-Bürgermeister Alexander Rüdiger Knaak, der die aufgehobene Stichwahl damals mit nur fünf Stimmen Vorsprung gewann und ÖVP-Vizebürgermeister Josef Neusteurer. Grundsätzlich waren jene 2.662 Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt, die bereits bei der Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl 2022 ab-

stimmen konnten. Denn der Stichtag blieb, wie bei der aufgehobenen Wahl im vergangenen Oktober, der 5. Juli 2022. Für die Wahlwiederholung sind außerdem 371 Wahlkarten ausgestellt worden, bei der engeren Wahl des Bürgermeisters am 23. Oktober 2022 waren es nur 268.

Die Wahl in Forchtenstein musste nochmals wiederholt werden, weil die damalige Wahlleiterin der Gemeindewahlbehörde den Wahlakt, entgegen den Bestimmungen der Gemeindewahlordnung, offenbar geöffnet hatte und dann unverschlossen zur Bezirkswahlbehörde brachte. Die Volkspartei hatte die Wahl zunächst bei der Landeswahlbehörde angefochten und sich, nachdem diese Beschwerde abgewiesen wurde, an den VfGH gewandt, der dem Ansinnen Recht gab.

Klares Votum der WählerInnen

Knaak gewann nun mit 1033 Stimmen (52,6%). Auf Neusteurer entfielen 931 Stimmen (47,4%). Die Wahlbeteiligung lag bei etwa 74%. GVV-Präsident Trummer: „Ich hoffe, dieses Wahlkapitel ist nun endgültig zu Ende, die Forchtensteinerinnen und Forchtensteiner haben jetzt mehrmals deutlich zum Ausdruck gebracht, wer ihre Gemeinde führen soll! Rüdiger Knaak wird das, wie bisher auch, ruhig und unaufgeregt tun. Wir gratulieren und wünschen ihm viel Erfolg!“

WIR GRATULIEREN

Der GVV Burgenland wünscht alles Gute zum Geburtstag!

BGM.
Günter VALIKA 60
Jabing

BGM.
Wolfgang SODL 60
Olbendorf

VZBGM.
Michael Leitgeb 60
Oberwart

VZBGM.
Roland MUHR 50
Markt Neuhodis

BGM.
Thomas HOFFMANN 40
Schattendorf

VZBGM.
Mario SZAKATS 30
Pötzneusiedl



Zur Sache!

Mag. Herbert Marhold
1. Landesgeschäftsführer

Liebe Gemeindevertreterinnen! Liebe Gemeindevertreter!

Derzeit beschäftigt uns das Thema „Bankomat“ in den Gemeinden. Die Frage der angemessenen Bargeldversorgung in den Kommunen und wie weit ein Bankomat entfernt sein darf ist nur ein Symptom einer grundlegenden Problematik. Nämlich der Ausdünnung der Infrastruktur im ländlichen Raum. Apotheke, Bank, Poststelle, Wirtshäuser und jetzt eben Bankomat. Dabei ist eine funktionierende Infrastruktur in peripheren Gebieten essenziell. Die Gemeindeverantwortlichen versuchen gegenzusteuern, indem sie viele Infrastruktureinrichtungen (Post, Bankomat, etc...) übernehmen. Doch das ist eine (erzwungene) fatale Entwicklung, weil es die Gemeindebudgets belastet und weil immer mehr Aufgaben direkt von den Kommunen übernommen werden, für die sie eigentlich nicht zuständig sind,

ohne dass es dafür mehr Geld gäbe. Irgendwann geht die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht mehr zu und dann müssen die Gemeinden Schließungen vornehmen mit politisch sehr unangenehmen Folgen für die Beteiligten, die eigentlich nur das Beste wollten. Warum ist die Infrastruktur so wichtig? Infrastruktur in Gemeinden ist aus verschiedenen Gründen von großer Bedeutung. Sie bildet das Rückgrat einer funktionierenden Gesellschaft und hat weitreichende Auswirkungen auf das tägliche Leben der Menschen sowie auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung einer Gemeinde. Eine gut entwickelte Infrastruktur zieht Unternehmen an, fördert Investitionen und schafft Arbeitsplätze. Sie trägt zur persönlichen Entwicklung und zum Wohlstand der Gemeindemitglieder bei. Das trifft vor allem auf die moderne Kommunikationsinfrastruktur wie Breitband-Internet und Mobilfunknetze zu. Sie ermöglicht den Zugang zu Informationen, Bildung und Online-Diensten. Zusammenfassend lässt sich sicher sagen, dass Infrastruktur in Gemeinden einen positiven Einfluss auf viele Aspekte des täglichen Lebens hat und zur nachhaltigen Entwicklung, wirtschaftlichen Prosperität und Lebensqualität der Bewohner beiträgt.

Daher ist der Kampf für die Versorgung mit einer ortsnahen Bargeldversorgung sicherlich auch eine Schlacht im Kampf um mehr und bessere Infrastruktur in den ländlichen Gemeinden. Wenn es dort nichts mehr gibt, außer einem Gemeindeamt und den Häusern der Menschen, dann ist Abwanderung vorprogrammiert. Dann werden die Ballungsräume einen Zulauf erleben, den auch sie nicht stemmen werden können. Man sieht das an der Landeshauptstadt, wo die kommunale Infrastruktur wie Kanalnetz, Straßennetz, Kinderbetreuungseinrichtungen, Frei- und Hallenbad, Volksschule usw...den Anforderungen des schnellen Bevölkerungszuwachses kaum mehr nachkommt. Es liegt also im Interesse aller beteiligten Player, den ländlichen Raum wieder entsprechend aufzuwerten. Vieles wird getan im Burgenland, wie der Breitbandausbau exemplarisch beweist. Die wichtigste Stellschraube ist aber der kommende Finanzausgleich, bei dem die Bundesmittel neu verteilt werden. Hier müssen die Parameter der Verteilung so verändert werden, dass die Städte und Gemeinden einen größeren Anteil vom Gesamttopf bekommen. Dann wird es auch wieder möglich sein, entsprechende Infrastruktur aufzubauen und/oder zu erneuern. Das führt zu mehr Möglichkeiten, in der eigenen Gemeinde auch Geld auszugeben, was wiederum dazu führt, dass sich Bankomaten in den Gemeinden auch tatsächlich auszahlen!

Mag. Herbert Marhold
1. Landesgeschäftsführer



Zahlreiche junge MandatarInnen folgten der Einladung zum Vernetzungstreffen

Fotos: GVV Bgld.

Vernetzungstreffen von jungen SPÖ-KommunalpolitikerInnen in Leoben

Der sozialdemokratische GemeindevertreterInnenverband (GVV) Österreich und die Junge Generation in der SPÖ (JG) veranstalteten Anfang September den 1. Jungen Gemeinde Dialog in Leoben. Rund 100 junge Gemeinde- und BezirksrätInnen der SPÖ kamen aus ganz Österreich zusammen, um sich zu vernetzen, voneinander zu lernen und sich inhaltlich auszutauschen.

Ziel war es, eine Veranstaltung wie diese im politischen Jahreskalender fix zu etablieren, denn junge KommunalpolitikerInnen sind die Basis, auf der die SPÖ in ganz Österreich politisch tätig ist, um junge Interessen in die Breite bringen. Die JungmandatarInnen bringen in ihrer Arbeit in den Gemeinden die unterschiedlichen Lebensrealitäten in die Politik ein. Beim Austausch im Rahmen des Gemeindedialogs bringen die JG und der GVV diese zusammen, um voneinander zu lernen und zu zeigen, dass junge MandatarInnen bei der Arbeit, die sie leis-

ten und der Verantwortung, die sie wahrnehmen, voll unterstützt werden.

Zentrum der inhaltlichen Diskussionen waren Themen, die für junge Menschen von zentraler Bedeutung sind, wie Wohnen, Verkehr, Gesundheitsversorgung, Umwelt, Arbeit und regionale Wertschöpfung. Highlight war der Vortrag des Chefökonom der Arbeiterkammer und Autor des Buches „Angst & Angstmacherei“, Markus Marterbauer, mit dem Plädoyer für einen besseren Sozialstaat. An den Diskussionen und Workshops nahmen auch eine Reihe von SPÖ-SpitzenpolitikerInnen teil: SPÖ-Klubobmann Philip Kucher, die Vizeklubchefinnen Julia Herr und Eva-Maria Holzleitner, sowie der steirische Landesparteivorsitzende und LH-Stv. Anton Lang und Max Lercher. Auch das Burgenland war mit zahlreichen Jungmandatarinnen vertreten. Mit dabei waren auch die beiden GVV Burgenland LGFs Patrick Hafner und Herbert Marhold.



Finanzausgleich - GVV: Mittel fair verteilen

Die Städte, Gemeinden und die Länder haben in den vergangenen Jahren massive Finanzmitteln durch verschiedene Krisen wie Corona, Energie oder Teuerung in Folge des Krieges in der Ukraine verloren. Daher braucht es dringend eine Änderung der Verteilung der Mittel aus dem Finanzausgleich zu Gunsten der Städte, Gemeinden und Länder.

Der Sozialdemokratische GemeindevertreterInnenverband hat bereits im November vergangenen Jahres einstimmig im Bundesvorstand vier Forderungen an die Finanzausgleichsverhandler beschlossen:

- Der derzeit gültige abgestufte Bevölkerungsschlüssel wird nicht in Frage gestellt. Der **Anteil der Städte und Gemeinden** an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben soll in der 1. Oberverteilung von 11,85 Prozent auf mindestens 14 Prozent erhöht werden und direkt an die Kommunen transferriert werden.
- Die **Grundsteuer** muss endlich reformiert werden. Weiters muss ein einheitlicher Bundesrahmen für Leerstandsabgaben geschaffen werden.
- **Kommunalsteuerbefreiung:** Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen, soweit sie mildtätigen Zwecken und/oder gemeinnützigen Zwecken auf dem Gebiet der Gesundheitspflege, Kinder-, Jugend-, Familien-, Kranken-, Behinderten-, Blinden- und Altenfürsorge dienen, sind kommunalsteuerbefreit. Die Städte und Gemeinden sollen für diesen Einnahmenentfall einen Ausgleich durch den Bund bekommen.
- Temporäre **Unterstützung bei Pflege und Elementarpädagogik** ist langfristig sicherzustellen bzw. müssen die Mittel in diesen Bereichen auf Grund der finanziellen Mehrbelastungen für die Kommunen und der notwendigen Qualitätssicherstellung deutlich erhöht werden

Die Forderungen des sozialdemokratischen GemeindevertreterInnenverband werden auch von der Bundes-SPÖ geteilt und mit voller Kraft unterstützt.

Gemeindebund: Riedl offenbar vor Rückzug

Nach den Enthüllungen rund um Grundstücksgeschäfte in seiner Heimatgemeinde Grafenwörth (Bezirk Tulln) hat der dortige Bürgermeister Alfred Riedl sein Amt als Präsident des Österreichischen Gemeindebundes Ende Juli ruhend gestellt. Nun dürfte sich Riedl komplett zurückziehen. Riedl soll intern signalisiert haben, dass er als Präsident nicht zurückkommen werde, heißt es seitens mehrere Präsidiumsmitglieder.

In der Causa „Riedl“ geht um eine Siedlung rund um einen Foliensee am Rande der Gemeinde. Die Grundstücke wurden 2019 vom Gemeinderat in Bauland umgewidmet. Vier der Grundstücke gehörten Riedl der mit der Umwidmung und dem anschließenden Verkauf an einen Bauträger rund eine Million Euro verdient haben soll. Das Präsidium des Österreichischen Gemeindebundes sprach sich bei seiner Sitzung im Rahmen der Kommunalen Sommergespräche in Bad Aussee gegen eine Rückkehr Riedls aus (Beitrag rechts).

So wird der Klimabonus ausbezahlt

Den Klimabonus bekommen alle Menschen, die ihren Hauptwohnsitz im Anspruchsjahr für mindestens sechs Monate in Österreich haben – unabhängig von Staatsbürgerschaft und Alter. Nicht-österreichische StaatsbürgerInnen benötigen einen rechtmäßigen Aufenthaltsstatus. Antrag muss keiner gestellt werden, der Klimabonus kommt automatisch. Wurden die Kontodaten auf FinanzOnline nach vor dem 10. Juli 2023 aktualisiert, wird der Klimabonus 2023 direkt auf das Konto überwiesen. Alternativ wird der Klimabonus per RSa-Brief als Gutschein geschickt. Aus Sicherheitsgründen muss dieser persönlich entgegengenommen werden. Die genaue Summe ist vom Hauptwohnsitz und der örtlichen Infrastruktur abhängig. Die Sodexo-Gutscheine können vom Supermarkt bis zur Bücherei bei tausenden Geschäften in Österreich eingelöst oder bei bank99 in Bargeld abgelöst werden. 2023 beträgt der Klimabonus 110, 150, 185 oder 220 Euro.

Gemeindebund Präsidium in Bad Aussee: Finanzausgleich war Top-Thema

Ende August traf sich das Präsidium des Österreichischen Gemeindebundes zu einer Sitzung im Rahmen der Kommunalen Sommergespräche in Bad Aussee. Themen dabei waren der anstehende Finanzausgleich sowie die Causa Prima derzeit, der „Fall Riedl“.

Das Präsidium war sich einig, dass die Verhandlungen zum neuen Finanzausgleich endlich an Fahrt aufnehmen müssen. Die Hinhaltenaktik des Bundes ist inakzeptabel. Im Herbst muss entschieden sein, wie die mehr als 100 Milliarden Euro im Jahr im Sinne der Bürgerinnen und Bürger genutzt werden. Die Gemeindevertreter bleiben dabei: Ohne substanzuell mehr Geld für die Kommunen wird es keinen Abschluss geben. Geführt werden die Verhandlungen derzeit von Vorarlbergs Präsidentin Andrea Kaufmann und Steiermark-Chef Erwin Dirnberger. Die beiden Gemeindebundvertreter verweisen auf die parteiübergreifende Resolution des Bundesvorstandes des Gemeindebundes vom 21. Juni 2023 und die wesentlichsten Eckpunkte: die substanzuelle Erhöhung des Anteils der Gemeinden an den Ertragsanteilen von derzeit 11,849

Prozent auf 14,55 Prozent, was mehr als zwei Milliarden Euro mehr für die Gemeinden bedeuten würde, sowie mehr finanzielle Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuung, um die vielen Vorgaben und Anforderungen von Bund und Ländern erfüllen zu können. Außerdem die Erhöhung des Strukturfonds zur Unterstützung finanzschwacher Gemeinden und strukturelle Maßnahmen im Gesundheits- und Pflegebereich sowie eine deutliche Aufstockung des Pflegefonds. Auch die Finanzierung der Assistenzpädagogen durch den Bund und die Reform der Grundsteuer stehen auf der TO DO Liste der Gemeindevertreter.

SPÖ-VertreterInnen im Präsidium für vorgezogene Wahl

Bei der Sitzung stellte das Präsidium klar, dass es keine Rückkehr für Alfred Riedl mehr gibt. Die SPÖ-VertreterInnen im Präsidium sowie die Vertreter Salzburgs haben sich außerdem für einen vorgezogenen Bundesvorstand mit Neuwahl bereits 2023 ausgesprochen. Regulär hätte diese Sitzung im März 2024 stattfinden sollen. Eine Abwahl Riedls ist statutarisch nicht möglich, er muss freiwillig zurücktreten.



Das Präsidium des Österreichischen Gemeindebundes bei seiner Tagung in Bad Aussee

Energiekostenpauschale: Förderung für Kleinunternehmen

Mit der Energiekostenpauschale können Klein- und Kleinunternehmen eine Bundesförderung beantragen, die helfen kann, die hohen Energiekosten zu bewältigen. Es ist eine Pauschalförderung in Höhe zwischen 110 und 2.475 Euro und wird abhängig von der Branche und dem Jahresumsatz

berechnet. Die Pauschale kann rückwirkend für das Jahr 2022 beantragt werden. Gefördert werden Klein- und Kleinunternehmen mit einem Mindestjahresumsatz von 10.000 Euro und einem Höchstjahresumsatz von 400.000 Euro. www.energiekostenpauschale.at



Oben: Zahlreiche Gäste folgten der Einladung und gratulierten dem Jubilar zu seinem 60. Geburtstag., darunter auch GVV Präsident Erich Trummer, 2. GVV Geschäftsführer Patrick Hafner und die Bürgermeister Fabio Halb, Jürgen Zimara, Franz Pelzmann und Jürgen Schabhüttl.



Bürgermeister Wolfgang Sodl feiert seinen 60er!

GVV Präsidiumsmitglied und GVV-Bezirksvorsitzender des Bezirks Güssing, Landtagsabgeordneter Bürgermeister Wolfgang Sodl aus Olbendorf, feierte vor Kurzem seinen 60er.

Dazu lud er alle Freunde und Wegbegleiter zu sich in die Heimatgemeinde im Süden des Landes ein. Darunter auch zahlreiche Bürgermeisterkollegen und auch der Präsident des GVV Burgenland, Erich Trummer, ließ es sich nicht nehmen, dem Jubilar persönlich zu gratulieren.



Alles Gute zum 60. Geburtstag: GVV Präsidiumsmitglied und GVV-Bezirksvorsitzender Wolfgang Sodl



Abkommen unterzeichnet: Bürgermeisterin und Bürgermeister des Bezirkes Oberpullendorf mit Landesrat Heinrich Dörner und Peter Zinggl

Region Mittelburgenland: Übereinkommen zum gemeinsamen Leitbild

Die BürgermeisterInnen der Region Mittelburgenland unterschrieben Anfang August ein Übereinkommen für ein gemeinsames Leitbild – dabei sollen über Gemeindegrenzen hinaus Ziele gemeinsam erarbeitet werden.

Das Regionale Entwicklungsprogramm (REP) dient dabei als Fundament für alle Gemeinden und beinhalten bewusstes Flächenmanagement, gemeinsame Mobilität, mit dem Klimawandel leben, zusammen wirtschaften – gemeinsame, nachhaltige Betriebsstandorte, Gastfreundschaft leben, eine erlebenswerte Region sein, regionale, biologische Versorgung sichern und neuen Anforderungen gerecht werden. Die unterzeichnenden Gemeinden verpflichte-

ten sich, mit der Unterzeichnung des Übereinkommens, die Grundsätze, Leitziele und Leitgedanken des Leitbildes zu leben.

Landesrat Mag. Heinrich Dörner, selbst aus der Region, stellte die Wichtigkeit des Leitbildes in den Vordergrund: „Wir sollen und können der Bevölkerung damit mitteilen, dass es bedeutend ist, landwirtschaftliche Flächen zu schützen, es aber im Sinne der „Überregionalität“ auch wichtig ist, dass wir uns gemeinsam weiterentwickeln.“ Dörner bedankte sich in diesem Zuge bei allen Beteiligten, „Es ist ein gutes Zeichen, dass wir alle gemeinsam hinter diesem Programm stehen. Es geht darum auch, viele Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger damit abzuholen, dass diese im Projekt

eingebunden werden“, erklärte der Landesrat. Bürgermeister Manfred Schmidt (Steinberg-Dörfel) und Michael Kefeder (Lockenhaus) freuten sich, stellvertretend für die Bürgermeisterin sowie alle Bürgermeister des Bezirkes Oberpullendorf, dass das Übereinkommen unterzeichnet wurde. Bgm. Michael Kefeder dazu: „Als Mitglied der Projektsteuerungsgruppe sehe ich eine große Chance darin, Arbeitsplätze vor der Haustür zu schaffen. Das Regionale Entwicklungskonzept ist wichtig für uns Gemeinden“.

Der GVV Burgenland gratuliert zu dieser gemeindeübergreifenden Lösung in der Region Mittelburgenland und unterstützt dies selbstverständlich.

Landesrat Heinrich Dörner (2.v.l.) präsentierte gemeinsam mit Peter Zinggl (r.) sowie den Bürgermeistern Manfred Schmidt (l.) und Michael Kefeder (2.v.r.) das Regionale Leitbild des Bezirkes Oberpullendorf.

Fotos: LMS Burgenland



Betreuung des kommunalen Finanzierungsportfolios



Als FRC existieren wir seit 2016 und sind einer der wesentlichen Dienstleister im Bereich der Beratung bei Finanzierungen für Städte und Gemeinden. Mit unterschiedlichen Systemlandschaften können wir unsere Kunden vollumfänglich unterstützen.

Die Themen Zinsanstieg und Budget sind eine extreme Herausforderung für Kommunen. Wichtig ist, sich die entsprechenden Finanzierungsvolumina anzusehen und zu analysieren. Man sollte wissen, welche Finanzierungen noch laufen, wie die Laufzeiten und die aktuellen Zinssätze sind und welche Zinsausgaben da in Zukunft zu erwarten sind.

In Abstimmung mit unseren Kunden haben wir dafür unterschiedliche Produktmodule zur Auswahl. Das reicht vom **Portfolio-Management** über **Ausschreibungsservice** bis hin zum Zusatz-Modul „Markt-Monitoring“. Wir begleiten unsere Kunden vom Zeitpunkt der Vorbereitung einer Finanzierung über die Abwicklung bis hin zur Rückführung.

Mit dem **Portfolio-Management** servizieren wir alle bestehenden Finanzierungen. Nach Beauftragung setzen wir die Finanzierungen im System auf und der Kunde erhält einen Eingangsbericht. Danach gibt es ein laufendes Reporting, welches stets die Basis für weitere Optimierungen darstellt.

Wir kümmern uns auch um die **Ausschreibung von Neufinanzierungen**, auch digital. Nach Aufbereitung der Projekte führen wir die Ausschreibung durch und sorgen für attraktive Angebote. Am Ende bekommt die Gemeinde einen vollumfänglichen Bericht inklusive Empfehlung sowie die Prüfung der Kreditverträge auf Angebotskonformität.

Unsere Angebote sind nachhaltig und langfristig. Wir begleiten unsere Kunden über lange Zeit, um das Optimum zu erreichen.

Kommunalfinanzierungen bleiben im Fokus der Banken.

Auf www.frc.at/digital hat jede Kommune die Möglichkeit, ihre Ausschreibungen zu organisieren, ohne auf unsere Beratungsleistungen zu verzichten.

Ansprechpartner Heinz Hofstaetter, Werner Lehner



FRC – Finance & Risk Consult GmbH
7000 Eisenstadt, Bergstraße 10

Tel.: +43 5 1722

E-Mail: support@frc.at

www.frc.at oder <https://onair.frc.at>

Als Österreichs führendes Beratungsunternehmen für Finanzierungen von Städten und Gemeinden stehen wir Ihnen gerne zur Seite. Besuchen Sie uns auf www.frc.at/.

GVV Bundesvorstandssitzung: Disparitäten zwischen Stadt und Land sollen abgebaut werden

Mitte September fand wieder eine **turnusmäßige Sitzung des Bundesvorstandes des GVV Österreich in Bischofs-hofen, Land Salzburg, statt.**

Ein großer Schwerpunkt dabei war für die SPO-GemeindevertreterInnen aus ganz Österreich die Studie „geographische Un-

gleichheiten“, die von Arbeitsgruppenleiter Landesrat Michael Lindner aus OÖ vorge-stellt wurde. Hier sollen Disparitäten zwi-schen Stadt und Land abgebaut werden. Des Weiteren wurde auch der anstehende Finanzausgleich thematisiert, sowie das Tref-fen der JugendgemeinderätInnen in Leoben und das brennende Thema Bankomaten in

den Gemeinden. Für den GVV Burgenland haben GVV-Vizepräsidentin Bgm. Renate Habetler und der 1. Landesgeschäftsfüh- rer Mag. Herbert Marhold teilgenommen. Geführt wird der GVV Österreich von NR Bgm. Andreas Kollross als Vorsitzenden und GR Martin Giefing aus Neudörfel als Ge- schäftsführer.

Diskutierten Möglich- keiten zum Abbau der Ungleichheiten zwi- schen den Gemeinden am Land und Städten: Mitglieder des GVVÖ Bundesvorstandes bei der Sitzung in Bischofs-hofen
Foto: GVV Burgenland



Großes Jubiläumsfest anlässlich 800 Jahre Pötttsching:

Mit einem zwei- tägigen Fest im Meierhof feierte die Gemeinde Pötttsching das 800-Jahr- Jubiläum der ersten urkundlichen Er- wähnung. Höhepunkt war der offizielle Festakt am Sonntag mit Landeshaupt- mann-Stellvertreterin Astrid Eisen- kopf.

1223 erfolgte die erste urkundliche Er- wähnung des Ortes als „Villa Beseneu“. Der Name Pötttsching geht auf das ur- sprünglich aus Zentralasien kommende nomadische Volk der Petschenegen zu- rück, denen hier als Grenzwächter das Siedlungsrecht eingeräumt wurde. Seit 1981 erlebt die Gemeinde, trotz nega- tiver Geburtenbilanz, durch Zuwande- rung ein starkes Bevölkerungswach- tum. Pötttsching zeichnet sich durch beste Infrastruktur und ein reiches in- taktes Dorf-, Kultur- und Vereinsleben aus. Kultureller Mittelpunkt und Ver- anstaltungszentrum ist der mit Unter- stützung des Landes renovierte Meier- hof, der mit dem Dorferneuerungspreis 2021 ausgezeichnet wurde.



Bürgermeister Ing. Martin Mitteregger mit Vizebürgermeisterin Mag.ª Laura Moser, Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.ª Astrid Eisenkopf und Neudörfels Bürgermeister Dieter Posch bei der Jubiläumsfeier im Pötttschinger Meierhof
Foto: LMS Burgenland



Landesrat Mag. Heinrich Dorner (Bildmitte) präsentierte mit Gesamtverkehrskordinator Mag. Peter Zinggl, LL.M. und dem Geschäftsführer der Verkehrsbetriebe Burgenland GmbH (VBB), Wolfgang Werderits, das neue Liniennetz.

Foto: LMS Burgenland

Öffi-Angebot: Mehr Buslinien und das Anrufsammeltaxi sorgen für dichtes Netz

Für die Benutzerinnen und Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel im Burgenland hat Anfang September 2023 praktisch eine neue Ära begonnen. Das Angebot wurde deutlich ausgeweitet: Ergänzend zum bestehenden Liniensystem von Bahn und Bus sollen rund ein halbes Dutzend neuer Buslinien und das Burgenländische Anrufsammeltaxi für ein engmaschiges Netz sorgen, das bei Bedarf genutzt werden kann.

„Das Ziel ist klar: Wir wollen viel mehr Menschen dazu bewegen, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen“, betont Infrastrukturlandesrat Heinrich Dorner bei der Präsentation in Eisenstadt. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde das Angebot ausgeweitet und attraktiver gestaltet. Dazu wurde ein Süd-Nord-Achsensystem für alle Burgenländerinnen und vor allem Pendlerinnen bis nach Wien geschaffen. Parallel dazu wurde mit dem Burgenländischen Anrufsammeltaxi (BAST) auch ein Zubringersystem zu den Hauptachsen geschaffen, welches ebenfalls am 4. September gestartet wurde. Bei der Umsetzung des neuen Konzepts werde auch mit privaten Partnern bis hin zu Kleinunternehmen zusammengearbeitet,

so Dorner. Entscheidend beim neuen System ist auch die Flexibilität. Man will, wenn dies notwendig ist, kurzfristig Anpassungen durchführen können. In der Vergangenheit ist dies sehr schwer gewesen. „Hier haben wir die Planungshoheit ins Burgenland geholt“, stellte der Landesrat fest. 2019 sind rund 18 Millionen Euro für den Öffentlichen budgetiert worden. „Dieses Budget wurde bis 2023 verdoppelt. Das soll ein klares Zeichen sein, dass uns das Thema breit gedacht wichtig ist. Das soll ein klares Signal an die Bevölkerung sein, dass wir es ernst meinen“, sagte Dorner und fügte hinzu: „Die Zahl spricht für sich. Ich glaube, dass kein anderes Bundesland in dieser Dimension Budgetmittel für den Öffentlichen Verkehr erhöht hat.“

Über das Burgenland wurde ein modernes Taktknotensystem gelegt. Dabei gibt es Taktknoten, wo zu gewissen Zeitpunkten aus mehreren Richtungen die Verkehre – im Burgenland sind dies künftig Bahn, Busse und Anrufsammeltaxis – zusammengeführt werden. Die wichtigste neue Achse ist jene, die von Jennersdorf durch das Südburgenland und über Oberpullendorf und Wep-

Liniennetze der VBB auf 8,3 Millionen Kilometer erweitert

Das Liniennetz der Verkehrsbetriebe Burgenland (VBB) beinhaltet aktuell eine Leistung von 1,5 Millionen Kilometern (Anmerkung: insgesamt pro Jahr gefahrene Kilometer) und wird nun auf rund 8,3 Millionen Kilometer erweitert. Zu den bestehenden Fahrplänen wurden zusätzliche Kurse eingebaut und zu diesen nochmals Querachsen eingezogen. Mit dem Burgenländischen Anrufsammeltaxi werden die letzten Lücken geschlossen. Das Anrufsammeltaxi mit insgesamt über 2.500 Haltepunkten ist von Montag bis Freitag in der Zeit von 3.30 Uhr bis 20.30 Uhr in Betrieb. Von 3.30 Uhr bis 8.00 Uhr Früh sowie von 19.00 Uhr bis 20.30 Uhr fahren die Taxis nur von einem Haltepunkt zu einer Haltestelle des öffentlichen Kraftfahrlineverkehrs. Die Anrufsammeltaxis – sie verkehren in den Bezirken Jennersdorf, Güssing und Oberwart sowie Oberpullendorf – werden zur Gänze vom Land betrieben und der Betrieb zur Gänze vom Land finanziert.

persdorf bis nach Eisenstadt führt. „Es werden die Bedürfnisse der neuen Arbeitswelt berücksichtigt“, unterstreicht der Gesamtverkehrskordinator Peter Zinggl: „Jetzt muss man nicht mehr mit dem Auto fahren, um flexibel zu sein. Es besteht ein Busangebot bis nach 21 Uhr.“ Die „Hauptschlagader“ des Öffentlichen Verkehrs bildet der getaktete Schienenverkehr. Im Burgenland gibt es nun ergänzend dazu die Regio-Busachsen. Dazu kommt mit den Anrufsammeltaxis eine weitere Ebene.

Pendlerinnen und Pendler haben nun die Möglichkeit, mit öffentlichen Verkehrsmitteln ihren Arbeitsplatz zu erreichen, erläuterte der Geschäftsführer der Verkehrsbetriebe Burgenland (VBB), Wolfgang Werderits.

Die Verkehrsleitzentrale der VBB ist rund um die Uhr besetzt und unter der Telefonnummer 0800 500 805 erreichbar. Alle neuen Linien sowie Fahrpläne sind ebenso wie das aktuelle Liniennetz bereits auf der Homepage der Verkehrsbetriebe Burgenland <https://www.verkehrsbetriebe-burgenland.at> dargestellt.

Rahmenvereinbarung für Prozessfinanzierung

Das österreichische Baukartell ist das wohl größte bundesweite Kartell der 2. Republik mit Städten, Gemeinden und öffentlichen Unternehmen als Hauptgeschädigte. Die Geltendmachung von Schadenersatz stellt potenziell Geschädigte aber vor große Herausforderungen. Die Verbände Österreichischer Gemeindebund, Österreichischer Städtebund, der Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (VÖWG) und der Verband der kommunalen Unternehmen Österreichs (VKÖ) arbeiten daher permanent an einer Lösung, um potenziell geschädigte öffentliche Auftraggeber in dieser komplexen Angelegenheit zu unterstützen.

Nach der Einschätzung namhafter ExpertInnen im Bereich des Vergaberechts ist wohl davon auszugehen, dass die Beauftragung eines Prozessfinanzierers grundsätzlich dem Vergaberecht unterliegt und bei entsprechender Überschreitung der Schwellenwerte ausschreibungspflichtig ist. Dieser vergaberechtliche Aspekt ist jedenfalls zu beachten, insbesondere in Hinblick auf die zahlreichen derzeit am Markt tätigen Prozessfinanzierer.

Um eine vergaberechtlich korrekte Zusammenarbeit mit einem Prozessfinanzierer zu gewährleisten, wurde die Bundesbeschaffungsgesellschaft (BBG) ersucht, im Sinne der Betroffenen tätig zu werden. Konkret bereitet die BBG derzeit die Ausschreibung einer Prozessfinanzierungs-Rahmenvereinbarung vor, der durch das Baukartell potenziell geschädigte Städte, Gemeinden und öffentliche Unternehmungen in weiterer Folge beitreten können. Die Einhaltung vergaberechtlicher Vorgaben wird so jedenfalls gewährleistet. Ein Beitritt zu dieser Rahmenvereinbarung ist unabhängig davon möglich, ob die jeweiligen Schwellenwerte des Vergaberechts überschritten werden.



Großpetersdorfs 2. Vizebürgermeisterin Mag.^a Olivia Kaiser, Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil, Gemeinderat Mag. Harald Schneller, Bürgermeister Ing. Harald Kahr und Landtagsabgeordnete Doris Prohaska (v.l.) in der Friedrichhalle in Großpetersdorf Foto: LMS

Großpetersdorf feiert 750 Jahre

750 Jahre sind verstrichen seitdem Großpetersdorf erstmals in einer Urkunde erwähnt wurde. Aus einem kleinen Ort ist über die Jahrhunderte hinweg ein regionales Wirtschaftszentrum geworden in dem auch ein großes soziales Herz schlägt.

Bei Großpetersdorfs Bürgermeister Harald Kahr bedankte sich der Landeshauptmann für die umfangreichen Tätigkeiten und Vorhaben seitens der Gemeinde. Harald Kahr blickte im Zuge der Feierlichkeiten in die Zukunft: „Heuer sind noch Straßenbezeich-

nungen für die Ortsteile geplant, der Spatenstich für ein neues Vereinsgebäude beim Sportplatz erfolgte bereits.

Tenor des Jubiläumsfestes: Großpetersdorf ist ein Ort mit hoher Lebensqualität und seit langem vorbildlich unterwegs – etwa im Bereich Pflege, Gesundheit oder auch bei der Ansiedlung von Industrie- und Wirtschaftsbetrieben. Rund 200 Unternehmen sorgen für eine überdurchschnittlich hohe Zahl an Arbeitsplätzen.



Straßenmalwettbewerb „Blühende Straßen“ schafft Bewusstsein für klimafreundliche Mobilität: Unter dem Motto „MeterMachen“ bemalten rund 55 Kinder der VS Weppersdorf die Straße vor der Schule mit Straßenkreiden. Landesrat Heinrich Dorner und Vizebürgermeister Marcel Geissler begrüßen die Aktion. Geissler: „Klimafreundliche Mobilität am Schulweg und in der Freizeit ist ein sehr wichtiges Thema. Es freut mich, dass die Volksschule Weppersdorf an dieser Aktion teilnimmt. Foto: LMS Burgenland



Landeshauptmann Hans Peter Doskozil mit dem neuen SPÖ-Team (v.l.): Max Lercher, Kevin Friedl, Jasmin Puchwein, Robert Hergovich und Roland Fürst
Foto: SPÖ Bgld.

SPÖ Burgenland stellt neues Team vor

Bei der zweitägigen Klubklausur in Andau präsentierte Landeshauptmann Hans Peter Doskozil das neue Team der SPÖ Burgenland. Das Personalpaket ist Teil der strategischen Vorbereitungen auf die bevorstehenden Landtagswahlen im Jahr 2025.

Landeshauptmann Doskozil betonte die klaren Schwerpunkte, die in Zukunft gesetzt werden sollen, insbesondere im Bereich der Pflege, der Spitäler und der medizinischen Versorgung der Burgenländerinnen und Burgenländer im niedergelassenen Bereich. „Das Ziel ist, jedem Burgenländer und jeder Burgenländerin die bestmögliche medizinische Versorgung zu gewährleisten. Dies erfordert entsprechende Maßnahmen auch innerhalb des Teams der SPÖ Burgenland“, so Doskozil.

Robert Hergovich wurde bei der Landtagssitzung am 21. September zum Landtagspräsidenten gewählt und folgte damit Verena Dunst. Sie wird weiterhin wichtige Schlüsselpositionen im SPÖ-Team innehaben. „Wir wollen auf das Know-how und die enorme politische Kraft von Verena Dunst in der Landespolitik nicht verzichten. Klar ist daher: Ihre politische Biografie bewegt sich nicht auf ein Ende zu, sondern wird um weitere Kapitel fortgesetzt“, bekräftigte der Landeshauptmann. Dunst wird künftig als

Abgeordnete und als SPÖ-Sprecherin für die ältere Generation die Interessen der Burgenländerinnen und Burgenländer im Landtag vertreten. Darüber hinaus wird sie weiterhin die SPÖ Burgenland im Bundesparteipräsidium der SPÖ vertreten.

Der derzeitige Landesgeschäftsführer und Landtagsabgeordnete Roland Fürst folgt Hergovich als neuer Klubobmann im SPÖ-Landtagsklub.

Die SPÖ-Landesorganisation wird von einer Doppelspitze geführt, bestehend aus Jasmin Puchwein, bisher stellvertretende Büroleiterin und Pressesprecherin im Büro des Landeshauptmannes, und Kevin Friedl, Vizebürgermeister in Rohr im Burgenland und Lehrer in der BHAK/BHAS Stegersbach. Landeshauptmann Doskozil: „Unser Anspruch muss es sein, dass wir

die Landtagswahlen 2025 so schlagen, dass das Wahlergebnis aus dem Jahr 2020 bestätigt wird. Die absolute Mehrheit ist daher unser erklärtes Ziel! Deshalb müssen wir uns personell breiter aufstellen. Mit Jasmin Puchwein und Kevin Friedl haben wir zwei junge engagierte Menschen an der Spitze der burgenländischen Landesorganisation, ich kenne beide sehr gut und weiß, dass sie die SPÖ Burgenland mit gesundem Menschenverstand, Engagement und dem richtigen Augenmaß führen werden.“

Max Lercher wird die Leitung des Karl-Renner-Instituts im Burgenland übernehmen. Dabei ist er für die Koordination für Bildungsarbeit und zivilgesellschaftliche Initiativen zuständig und wird politische Aus- und Weiterbildungsangebote für burgenländische Funktionärinnen und Funktionäre sowie politisch Interessierte entwickeln.

Das Regierungsteam, die Abgeordneten und MitarbeiterInnen der Landtagsdirektion spendeten Verena Dunst bei ihrer letzten Landtagssitzung als Landtagspräsidentin Applaus

Foto: LMS





Zur feierlichen Eröffnung des neuen Gemeindezentrums kamen auch Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Landesrat Heinrich Dorner

Vom Bürgerservice bis zum „Nah&Frisch“: Neues multifunktionales Gemeindezentrum Neutal

Nach einem Ausbau um 2,9 Millionen Euro beherbergt es neben dem Bürgerservice nun auch eine Arztnebenordination sowie Gemeinschaftsräume. Ein Konferenzsaal sowie ein Jugend- und Lernzentrum gehören ebenso zum Angebot wie ein „Nah&Frisch“-Markt, wo ab sofort 72 Stunden in der Woche Lebensmittel, regionale Spezialitäten und andere Waren erhältlich sind.

„Mit dem neuen ‚Nah&Frisch‘-Markt ist die Nahversorgung gestärkt, der Ortskern wird belebt und es wird auch der Bodenversiegelung Einhalt geboten. Alles Punkte, die sich auch mit wesentlichen Initiativen des Landes in der Gesamtverkehrsstrategie und im Bereich der Raumplanung decken. Man kann der Gemeinde Neutal und ihren Partnern zur professionellen Umsetzung dieses Vorhabens, das landesweiten Vorbildcharakter hat, nur herzlich gratulieren“, so Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Landesrat Heinrich Dorner. Bürgermeister Erich Trummer kam mit „Unser Geschäft“ dem Wunsch der Bevölkerung nach: „Wir lösen mit der Eröffnung die Zusage an die Neutalerinnen und Neutaler ein.“ Beim Umbau des Gemeindezentrums

sowie angeschlossenen neuen Geschäft wurden rein Burgenländische Unternehmen beauftragt. Außerhalb der insgesamt 72 Stunden umfassenden Öffnungszeiten sind die Waren mit einer Berechtigungskarte in einer Selbstbedienungszone mit Automatenkasse erhältlich. Fünf MitarbeiterInnen werden künftig hier beschäftigt sein, angestellt zum burgenländischen Mindestlohn. Für den Betrieb der Nahversorgung wurde die GmbH „Unser Ge-

schäft“ gegründet – eine kommunal-private Gesellschaft zwischen der Gemeinde (51 Prozent) und der Fleischerfamilie Thomas Hatwagner aus Bernstein (49 Prozent) sowie der Nah&Frisch – Unigruppe.

Von den 2,9 Millionen Euro Ausbaumkosten für das Gemeindezentrum wurden ein Drittel gefördert, hauptsächlich durch das Land, aber auch von Bund und der EU Projektförderung.



Mit einer Berechtigungskarte können auch außerhalb der Öffnungszeiten Waren eingekauft werden.

Fotos: Gemeinde Neutal

Bodenbeobachtungsrichtlinie: Kommission will vergleichbare Daten

Die EU will zu Bodenschutz und Bodengesundheit beitragen. Konkrete Schutzmaßnahmen werden jedoch nicht vorgeschlagen, ein besseres Datengerüst soll dafür sorgen, dass die Mitgliedstaaten selbst aktiv werden.

Die Rolle der EU besteht (vorerst) darin, Daten zu sammeln und Vergleichbarkeit herzustellen. Um einen Überblick über den Zustand der Böden zu bekommen, sollen die Mitgliedstaaten sog. Bodendistrikte festlegen, wo Bodenproben gesammelt und ausgewertet werden und eine für Bodengesundheit zuständige Behörde benannt wird. Diese Aufgaben können den Bundesländern übertragen werden.

Die Bodenproben müssen bestimmte Parameter umfassen, weiters müssen die Mitgliedstaaten Daten über Bodenanspruchnahme und Bodenversiegelung liefern. Die Daten sollen vereinheitlicht und vergleichbar werden und bei Kommission und Europäischer Umweltagentur zusammenlaufen.

Die Kommission definiert Bodenanspruchnahme als Tätigkeiten, die den Boden seiner natürlichen Funktionen berauben, wie zu Versiegelung führender Bautätigkeit, Tagbau oder archäologische Forschung.

Gärten und Parks, die zumindest eine semi-natürliche Bodenbewirtschaftung und die Aufrechterhaltung der wesentlichen Bodenfunktionen erlauben, fallen ebenso wenig unter diese Definition wie landwirtschaftliche Bodenbewirtschaftung.

Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten auf, Bodenanspruchnahme zu drosseln und bei allen Projekten möglichst geringere Maßnahmen zu bevorzugen. Dies hat jedoch reinen Empfehlungscharakter, die Kommission will keine Berührungspunkte mit der Raumordnungskompetenz.

Die Mitgliedstaaten müssen kontaminierte Böden erfassen, untersuchen und managen. Aufgrund des risikobasierten Ansatzes liegt die Bewertungs- und Entscheidungshoheit bei den Mitgliedstaaten. Die Datensammlung wird aber in Zukunft wohl dazu beitragen, das Problem illegaler Mülldeponien aktiver angehen zu müssen. Ziel der Richtlinie ist die europaweite Wiederherstellung gesunder Böden bis 2050. Sie ist Teil der Green Deal-Gesetzgebung, da gesunde Böden wesentliche Umwelt- und Klimafunktionen erfüllen. Die Mitgliedstaaten müssen alle fünf Jahre Bericht erstatten und auf nationaler Ebene die Bodengesundheit fördern.

Oberschwellenvergabe wird auf „eForms“ umgestellt

Ab 25. Oktober müssen öffentliche Auftraggeber im Oberschwellenbereich für Bekanntmachungen und Bekanntgaben von den bisherigen Standardformularen verpflichtend auf eForms umstellen. Dies betrifft auch Städte und Gemeinden, sobald die Schwellenwerte des EU-Vergaberechts überschritten werden.

eForms sind nichts anderes als elektronische Standardformulare, deren Daten besser verknüpft und ausgewertet werden können. Die Mindestinhalte ändern sich im Vergleich zum status quo nicht, eForms bieten aber eine Reihe optionaler Felder.

Vorerst ist die Verwendung von eForms nur im Oberschwellenbereich verpflichtend, Rechtsgrundlage dafür ist eine unmittelbar anwendbare EU-Verordnung. Gemeinden betrifft dies u.a. bei Bauaufträgen mit einem Auftragsvolumen ab 5,38 Millionen Euro, bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen ab 215.000 Euro, bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen im Sektorenbereich ab 431.000 Euro. Das Bundesvergabegesetz wird aufgrund der unmittelbaren Rechtswirkung der Verordnung nicht geändert.

Im Burgenland gibt es dafür die ANKÖ Plattform des Landes.



Abfallrahmenrichtlinie: Fokus auf Lebensmittelverschwendung und Textilabfälle

Anfang Juli veröffentlichte die EU-Kommission einen Revisionsvorschlag zur Abfallrahmenrichtlinie. Lebensmittelverschwendung soll an der Wurzel angegangen werden, für Textilabfälle kommt die erweiterte Herstellerverantwortung. Bei der Sammlung von Lebensmittelabfällen ändert sich nichts. Die Abfallrahmenrichtlinie aus 2018 bildet weiterhin die rechtliche Grundlage für die Organisation der Abfallwirtschaft, der aktuelle Kommissionsvorschlag begnügt sich mit Ergänzungen im Bereich Lebensmittelverschwendung und Textilabfälle. Derzeit rechnet die Kommission mit ca. 12 kg Textilabfall pro Person/Jahr, ein Großteil davon landet im Restmüll und belastet die Abfallwirtschaft. Die geplante erweiterte Herstellerverantwortung soll diese Kosten abgelden, die Mitgliedstaaten müssen entsprechende Registrierungs- und Abgeltungssysteme aufsetzen und der Kommission regelmäßig Daten über den Textilanteil im Restmüll liefern.

Bei den Lebensmittelabfällen gibt es wider Erwarten keinen Vorschlag zu Sammlung und Verwertung, sondern Empfehlungen, wie die Mitgliedstaaten Lebensmittelverschwendung reduzieren sollen. Angesprochen sind sowohl Produzenten, Konsumenten und Handel, die Kommission verzichtet aber auf verbindliche Maßnahmen und überlässt die Zielerreichung den Mitgliedstaaten. Die Lebensmittelverschwendung soll bis 2030 in der Produktion um 10%, im Endverbrauch inklusive Handel um 30% reduziert werden.



Spatenstich für die Erweiterung des Kindergartens in Loipersdorf-Kitzladen: In Loipersdorf-Kitzladen wird der Kindergarten erneuert und ausgebaut. Das Bauvorhaben umfasst die Generalsanierung der beiden bestehenden Kindergartengruppen inklusive Sanitärbereich (Fenster, Estrich, Fußbodenheizung, Heizungsanlage, Dachsanierung) sowie einen Zubau in Form eines Bewegungsraumes, eines Lagerraums und Umkleiden. Die verbaute Fläche beträgt 631 Quadratmeter, wobei der Bestand von rund 529 Quadratmeter durch den Zubau um rund 102 Quadratmeter erweitert wird. Bauträger ist die Projektentwicklung Burgenland (PEB). Den Spatenstich nahmen Infrastrukturlandesrat Heinrich Dorner und Bürgermeister Jürgen Zimara gemeinsam PEB-Geschäftsführer Thomas Rosner, Vizebürgermeister Thomas Böhm und Geschäftsführer Wolfgang Kremnitzer von Kremnitzer Bau vor. Bis September 2024 ist die Fertigstellung geplant. Foto: LMS Burgenland



Beim Bürgermeisterinnen-Austauschtreffen in St. Ulrich
Foto: Gemeindebund Österreich

Österreichs Bürgermeisterinnen trafen sich in St. Ulrich/Steier

Über 60 Bürgermeisterinnen aus ganz Österreich kamen im Juli in St. Ulrich bei Steyr (OÖ) zu einem Austauschtreffen zusammen. An zweieinhalb Tagen dreht sich alles um Vernetzung zwischen Frauen in kommunalen Spitzenpositionen sowie aktuelle Themen und Herausforderungen in den Gemeinden. Das Bürgermeisterinnentreffen ist eine Initiative des Österreichischen Gemeindebundes und findet bereits zum 16. Mal statt. Aktuell gibt es in Österreich 221 Bürgermeisterinnen. Bei 2.093 Gemeinden ist das ein Anteil von 10,6 Prozent. Die meisten weiblichen Ortschef*innen gibt es in Niederösterreich (81), gefolgt von Oberösterreich (49), der Steiermark (28) und Tirol (20). Im Burgenland gibt es aktuell 17 Bürgermeisterinnen. 2024 findet das Treffen im Südburgenland statt.

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband
Permyerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvbgld.at

Redaktion: GVV Burgenland

Druck: Druckzentrum Eisenstadt GmbH,
Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt
P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

Zulassungsnummer: 02Z034036 M